

Aktuelle Informationen unter: **www.dielinke-nrw.de**

Nach der Auflösung des Landtages von Nordrhein-Westfalen ist auf dieser Seite die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW dokumentiert.

Aktuelle Informationen zu DIE LINKE. NRW gibt es unter: www.dielinke-nrw.de

Für den sofortigen und endgültigen Atomausstieg!

Mehr als 4.000 Menschen haben am vergangenen Sonntag vor der Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau demonstriert. Darunter auch Landtagsabgeordnete der Linken. Ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima forderten sie gemeinsam mit den anderen Demonstrierenden den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Dazu gehört auch die Schließung der Atomfabrik in Gronau. Bundesweit demonstrierten mehrere zehntausend Menschen gegen die Nutzung der tödlichen Atomkraft. Und der Protest geht weiter – auch in NRW. Schon in den nächsten Tagen sind in Duisburg Proteste gegen die dortige Atommüll-Konditionierungsanlage geplant. Und zu Ostern wird am Forschungszentrum in Jülich demonstriert: Es gilt, die Atomtransporte mit hochradioaktivem Müll nach Ahaus zu verhindern.

[Bildergalerie hier](#).

Am 18. April 2012 heißt es in Essen [RWE unplugged - dem Energieriesen den Stecker ziehen!](#)

LINKE stimmt geschlossen gegen Diätenerhöhung

Am Mittwoch, den 8. Februar 2012 beschlossen im Landtag NRW SPD und Grüne mit Unterstützung der CDU, die Bezüge für Abgeordnete um monatlich 500 Euro zu erhöhen. Die Aufstockung der Abgeordnetenbezüge fließt direkt in ein Versorgungswerk, um die Altersvorsorge der Mandatsträger/-innen auf einem Niveau abzusichern, von dem die Mehrheit der Menschen in diesem Land nur träumen kann.

Dank einer namentlichen Abstimmung, die auf Antrag der LINKEN durchgeführt wurde, ist zu erkennen, wie jede/-r einzelne/-r Abgeordnete/-r abgestimmt hat.

Abstimmung zur Diäten-Erhöhung im Landtag NRW am 8.2.2012

	Ja	Nein	nicht anwesend	gesamt MdLs
LINKE	-	11	-	11
FDP	-	13	-	13
CDU	57	8	2	67
SPD	67	-	2	69
Grüne	22	-	1	23

(Alle Angaben ohne Gewähr) [Weiter](#)

Broschüre zu Verfassungsschutz, "NSU" und NPD-Verbot

Während die in der Bundesrepublik tätigen sogenannten Verfassungsschutzämter damit beschäftigt sind, Mitglieder und Funktionsträger/-innen der Partei DIE LINKE sowie fortschrittliche Bewegungen zu bespitzeln, konnte ein neofaschistisches Terrornetzwerk, das sich selbst den Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) gab, ungestört von den Sicherheitsbehörden über mehr als 13 Jahre mordend durchs Land ziehen. Mit der 124-seitigen [Broschüre „Außer Kontrolle“](#) soll das mehr als zweifelhafte Wirken der „Verfassungsschutzämter“ im Umgang mit neofaschistischen Gruppierungen und ihrer Rolle in Sachen Kriminalisierung fortschrittlicher Bewegungen kritisch hinterfragt werden. [Broschüre „Außer Kontrolle“ als PDF \[2,2 MB\]](#)

Aktuelle Pressemeldungen der Fraktion DIE LINKE. NRW

5. April 2012 Wolfgang Zimmermann

[LINKE fordert auch in der Landwirtschaft den Systemwechsel](#)



Intensivmastanlagen immer noch mit Antibiotika [Mehr...](#)

30. März 2012 Özlem Alev Demirel

[„Absurder geht`s nicht - Landesregierung ignoriert Neuwahlen“](#)



Die Landesregierung scheint so sicher zu sein, dass SPD und Grüne die Wahl gewinnen werden, dass sie offenbar bereits jetzt mit der Erarbeitung des Haushaltsplans 2013 beschäftigt ist. Aus einem Schreiben vom 27. März an die ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen geht hervor, dass bis Mitte April 2012 Vorschläge für den Einzelplan 01 (Landtag) abgegeben werden sollen. Für Özlem Alev Demirel, Mitglied des Ständigen A [Mehr...](#)

30. März 2012 Wolfgang Zimmermann

[LINKE fordert eine NRW-Transfergesellschaft für Schlecker-Beschäftigte](#)



Wolfgang Zimmermann, Mitglied im Ständigen Ausschuss des Landtags von NRW, ist empört: "Heute stand die Unterrichtung durch die Landesregierung zur Gründung einer Transfergesellschaft für ehemalige Schlecker-Beschäftigte auf der Tagesordnung des Ständigen Ausschusses. In NRW sind 2.200 Beschäftigte von der Insolvenz betroffen. Bekanntermaßen ist die Gründung einer Transfergesellschaft für alle Schlecker-Beschäftigten gestern an de [Mehr...](#)

29. März 2012 Gunhild Böth

Im Wahlkampf sind plötzlich alle solidarisch mit Schlecker – davor war es nur DIE LINKE



„Es freut mich, dass auch die amtierende NRW-Landesregierung jetzt bereit ist, die Schlecker-Beschäftigten zu unterstützen – und es überrascht mich“, erklärt Gunhild Böth, Mitglied der LINKEN im Ständigen Ausschuss des aufgelösten Landtags von NRW. Denn bereits Anfang Februar hatte die Fraktion einen Antrag zur Unterstützung der Belegschaft eingebracht. „Damals hatten alle anderen Parteien inklusive der SPD unseren Antrag abgelehnt und [Mehr...](#)“
27. März 2012 Gunhild Böth

Schulministerin macht Wahlkampf und verunsichert die Schulen



In ihrer heutigen Pressekonferenz erläuterte die Schulministerin Löhrmann (GRÜNE), sie könne weder die Klassengrößen in den Grundschulen absenken noch die Entlastung der Schulleitungen vornehmen. Dazu Gunhild Böth, Mitglied im Ständigen Ausschuss des Landtags und ehemalige schulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: „Dazu müssten aber nur zwei Rechtsverordnungen geändert werden. Für diese Änderungen gibt es auch eine politische [Mehr...](#)“
26. März 2012 Wolfgang Zimmermann

Wie Rüttgers - Ministerpräsidentin Kraft und Bertelsmann Hand in Hand:



Für die politische „Landschaftspflege“ durch Lobbyisten und Unternehmer in NRW lässt sich Ministerpräsidentin Kraft (SPD) auch im Wahlkampf einspannen. „Hand in Hand mit Bertelsmann lässt Frau Kraft jede erforderliche Distanz der Politik zur Großwirtschaft vermissen“, kritisieren Wolfgang Zimmermann, Mitglieder der LINKEN im Ständigen Ausschuss des Landtages von NRW, und Rüdiger Sagel, Finanzexperte der LINKEN der 15. Wahlperiode, die h [Mehr...](#)“
21. März 2012 Wolfgang Zimmermann

Aufklärung verweigert: Hat die Regierung Neuwahlen bewusst provoziert?





Die Vertreter der LINKEN im Ständigen Ausschuss des Landtags, Gunhild Böth und Wolfgang Zimmermann, haben heute in dessen erster Sitzung beantragt, die Regierung zu den Vorgängen zu befragen, die letztlich zur Landtagsauflösung geführt haben. [Mehr...](#)

Quelle: <http://archiv.linksfraktion-nrw.de/start/aktuell/>